

Pressemitteilung

Potsdam, 17. März 2016

19. März – Equal Pay Day 2016:

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. und die Frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen fordern von Unternehmen, Gewerkschaften und der Landesregierung, sich aktiv für Lohngerechtigkeit einzusetzen.

In diesem Jahr ist der Equal Pay Day am 19. März. Leider findet er nur auf Grund des Schaltjahres einen Tag früher als im Jahr 2015 statt.

Laut Statistischem Bundesamt bekommen Frauen in Deutschland beim Entgelt aktuell fast 22 Prozent weniger, als ihre männlichen Kollegen. Wird der Gender Pay Gap in Tage umgerechnet, errechnet sich das Datum des Equal Pay Day (21,6 Prozent von 365 Tagen = 79 Tage). Der 19. März symbolisiert den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit Beginn des Jahres bezahlt werden.

„Dass Frauen in Deutschland 79 Tage umsonst arbeiten, ist nicht nur ungerecht“, sagt Ulrike Häfner, 1. Sprecherin des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V., „sondern bedeutet auch, dass viele Frauen nicht nur im Berufsleben weniger Geld zur Verfügung haben, sondern auch geringere Rentenansprüche, die sich darauf auswirken, dass Frauen häufiger von Altersarmut betroffen sind als Männer.“

„Wenn es um die Gleichberechtigung von Frauen im Beruf geht, dann sollte man meinen, dass wir in Deutschland mit unseren hohen demokratischen Grundwerten auch hier eine Vorbildfunktion erfüllen. Das ist leider nicht der Fall!“, so Ina Muß, Frauenpolitische Sprecherin der SPD. Sie führt weiterhin aus: „Es gibt zwar gesetzliche Vorgaben für die Arbeitgeber, aber nur unzureichende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten.“

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Verabschiedung eines "Entgeltgleichheitsgesetzes" verankert, aber schon der Vorentwurf dieses Gesetzes scheitert bisher am Widerstand sowohl der CDU als auch der Arbeitgeberverbände. Die Brandenburger SPD wird weiter beharrlich darauf hinweisen, dass die Aussagen des Grundgesetzes Artikel 3 zum Gleichheitsgebot immer noch missachtet werden.“

„Wer im Berufsleben schon weniger verdient, bekommt auch weniger Rente. Damit setzt sich die Ungerechtigkeit im Alter fort. Die Entgeltdiskriminierung von Frauen ist durch nichts zu rechtfertigen und gehört abgeschafft“, sagt Diana Bader, Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Sie verweist darauf, dass Frauen auch in Brandenburg oft ungewollt in Teilzeit und Minijobs arbeiten. „Wer ein Leben lang gearbeitet hat, braucht eine armutsfeste Rente. Der gesetzliche Mindestlohn von derzeit 8,50 Euro reicht dafür nicht aus“, so Bader.

Die frauenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg Kristy Augustin dazu: „Was ist meine Arbeit wert? Diese Frage stellen sich viele Frauen vor allem in den sogenannten frauentypischen Berufen. Diese werden in vielen Fällen im Vergleich zu männerdominierten Berufen noch immer schlechter bezahlt. Auch deshalb sollten Mädchen frühzeitig in männertypische Berufe hineinschnuppern können. Unternehmen, Institute und Schulen sollten die Mädchen darin unterstützen und ermuntern Berufe, die als eher frauenuntypisch gelten, bei einem Schülerpraktikum und dem Zukunftstag kennenzulernen“, so Augustin weiter. Dafür sei nach Ansicht der CDU-Politikerin, in den Schulen aber auch bei den potenziellen Arbeitgebern stärker zu werben.

Ursula Nonnemacher, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag: „Betriebe sollten für Männer und Frauen mehr Möglichkeiten für eine sogenannte vollzeitnahe Teilzeitbeschäftigung schaffen, d.h. mit einer Arbeitszeit ab 30 Stunden pro Woche. Dadurch haben gerade Frauen mit Kindern eine bessere Chance, beruflich voranzukommen. Väter können durch eine Teilzeitbeschäftigung mehr Familienarbeit übernehmen. Betriebe sollten zudem auch die Chance nutzen, Führungspositionen im Tandem zu besetzen. Das hilft Männern und Frauen, einen anspruchsvollen Beruf mit der Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Eltern zu vereinbaren.“

Die zentrale Kundgebung in Berlin Am Brandenburger Tor wird in diesem Jahr am 18.03.2016 in der Zeit von 12:00 – 13:00 Uhr stattfinden. Veranstalter sind DGB, Deutscher Frauenrat und der Sozialverband Deutschland.

Weitere Informationen zum Equal Pay Day: <http://www.equalpayday.de/ueber-epd/>

Der Frauenpolitische Rat und die Frauenpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen wünschen einen erfolgreichen Aktionstag!

Ansprechpartnerin für die Presse:

Annett Lange, Geschäftsführerin, Tel: 0331 280 35 81

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. koordiniert seit 2001 die Brandenburgische Frauenwoche. Er ist der als gemeinnützig anerkannte Zusammenschluss von über 20 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg. Das überparteilich und überkonfessionell arbeitende Gremium vertritt die Interessen von rund 150.000 organisierten Frauen gegenüber Parteien, Gremien, der Landes- und Bundesregierung und der Verwaltung. Hervorgegangen aus dem Frauenpolitischen Runden Tisch, wurde der Landesverband 1992 gegründet. Ziel des Frauenpolitischen Rates ist die Verbesserung der Situation von Frauen im Arbeitsleben, in der Politik und in ihrem gesamten sozialen Umfeld.